

Konjunkturschlaglicht: Kernproblem Arbeitsmarkt

Die Lage am Arbeitsmarkt hat sich zu Beginn dieses Jahres weiter drastisch verschlechtert. Der Rückgang der Beschäftigung hat sich seit Mitte letzten Jahres noch beschleunigt. Dazu dürften neben der schwachen Konjunktur auch der verstärkte Anstieg der Arbeitskosten infolge höherer Tarifabschlüsse und der kräftigen Steigerung der Lohnnebenkosten durch die Anhebung der Sozialversicherungsbeiträge Anfang dieses Jahres beigetragen haben. Die Zahl der registrierten Arbeitslosen stieg im Januar auf 4,62 Millionen und näherte sich damit dem Höchststand von vor fünf Jahren; im Januar 1998 betrug sie 4,82 Millionen. Der Januar ist zwar neben dem Februar der Monat mit den höchsten Arbeitslosenzahlen im Jahr, einerseits wegen des Kündigungstermins zum Jahresende, zum anderen weil witterungsbedingt viele Arbeitnehmer in den Außenberufen vorübergehend freigesetzt werden (vgl. Schaubild). Aber auch saisonbereinigt setzte sich die seit zwei Jahren zu beobachtende Zunahme der Arbeitslosenzahl fort, zuletzt betrug sie knapp 4,3 Millionen.

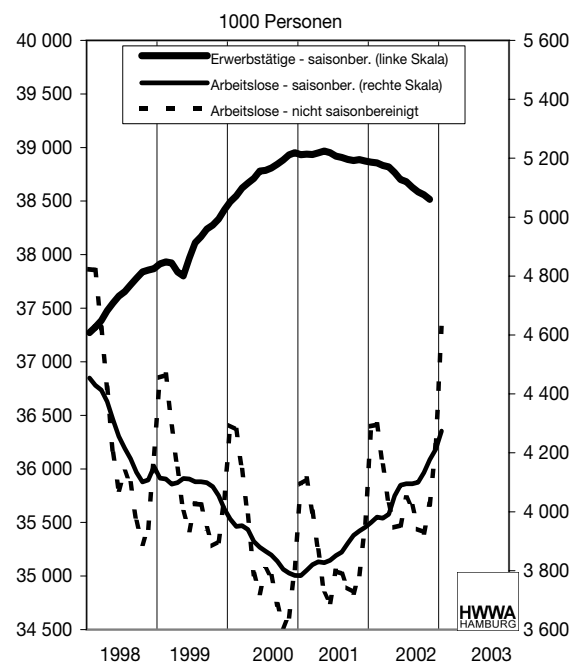
Die Probleme am Arbeitsmarkt sind größer, als es die offiziellen Arbeitslosenzahlen zeigen. Zu den registrierten Arbeitslosen kommen noch jene aus der sogenannten Stillen Reserve (derzeit 1,75 Mill.)¹ hinzu, die sich nicht registrieren lassen, weil sie z.B. keinen Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung haben, sowie jene, die sich in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen befinden (derzeit 1,7 Mill.). Es fehlen somit erheblich mehr reguläre Arbeitsplätze als es die Zahl der offiziellen Arbeitslosen widerspiegelt, auch wenn man nicht weiß, inwieweit die oben genannten dem Arbeitsmarkt tatsächlich zur Verfügung stünden.

Andere akute Probleme sind eng mit denen des Arbeitsmarkts verknüpft. Die hohe Arbeitslosigkeit ist nicht nur Ergebnis der schwachen Konjunktur, sie dämpft sie auch zusätzlich. So haben Arbeitslose eine geringere Kaufkraft, zudem beeinträchtigt bei den Beschäftigten die Sorge um den eigenen Arbeitsplatz die Ausgabenneigung; beides ist mit ein Grund für die gegenwärtige Konsumschwäche. Überdies verursachen mehr Arbeitslose höhere Ausgaben bei der Arbeitslosenversicherung und beim Staat, und jeder zusätzliche Arbeitslose ist auch ein Steuerzahler und ein Beitragszahler weniger. Die Finanzprobleme in den Sozialversicherungssystemen wie auch bei den Gebietskörperschaften ließen sich leichter lösen, wenn

es gelänge, die Arbeitslosen wieder in Beschäftigung zu bringen. Wenn nicht, wird sich der Teufelskreis aus niedrigem Wirtschaftswachstum, steigender Arbeitslosigkeit, zunehmender Staatsverschuldung und höheren Sozialabgaben weiter verschärfen.

Reformen am Arbeitsmarkt sind - neben einer höheren Wachstumsdynamik - eine wesentliche Voraussetzung für mehr Beschäftigung. Das Hartz-Konzept ist zwar ein erster Schritt, er reicht aber bei weitem nicht aus. Die Hartz-Vorschläge setzen vornehmlich bei einer effizienteren Arbeitsmarktverwaltung an. Sie können dazu beitragen, die durchschnittliche Verweildauer in Arbeitslosigkeit etwas zu verkürzen. Zusätzliche Beschäftigungsmöglichkeiten werden dadurch aber nur in geringem Maße geschaffen, zumal sich die Erfolgsaussichten für das „Herzstück“ des Konzepts, nämlich die Personal-Service-Agenturen, durch die gesetzliche Vorgabe gleicher Entlohnung wie in den Entleihfirmen vermindert haben. Die Mini-Jobs dürften vor allem Hinzuverdienern und Personen aus der Stillen Reserve nutzen, und auch die Ich-AGs, die den Weg in die Selbständigkeit erleichtern sollen, dürften aufgrund des harten Wettbewerbs im Handel und Handwerk zumindest teilweise reguläre Beschäftigung verdrängen.

Arbeitsmarktentwicklung in Deutschland



Quelle: Bundesanstalt für Arbeit, Statistisches Bundesamt.

¹ Vgl.: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung: Kurzbericht Nr.1/2003

Für die Schaffung neuer Arbeitsplätze wichtig ist der Abbau von Regulierungen am Arbeitsmarkt und eine Reform des Arbeitsrechts. Hierzu gehört eine Lockerung des Kündigungsschutzes, der in seiner jetzigen Reform die Bereitschaft zu Neueinstellungen beeinträchtigt; die Überlegungen der Regierung dazu gehen durchaus in die richtige Richtung. Aber auch das Tarifrecht müßte weiter flexibilisiert werden, so daß eine stärkere Differenzierung der Löhne insbesondere nach Qualifikationen – annähernd 40% der Arbeitslosen sind Geringqualifizierte, die teils wegen tariflicher Mindestlöhne keine Beschäftigung finden – sowie eine stärkere Differenzierung nach Betrieben - Stichwort: Öffnungsklauseln - möglich ist. Schließlich müßten auch die Belastungen des Faktors Arbeit mit

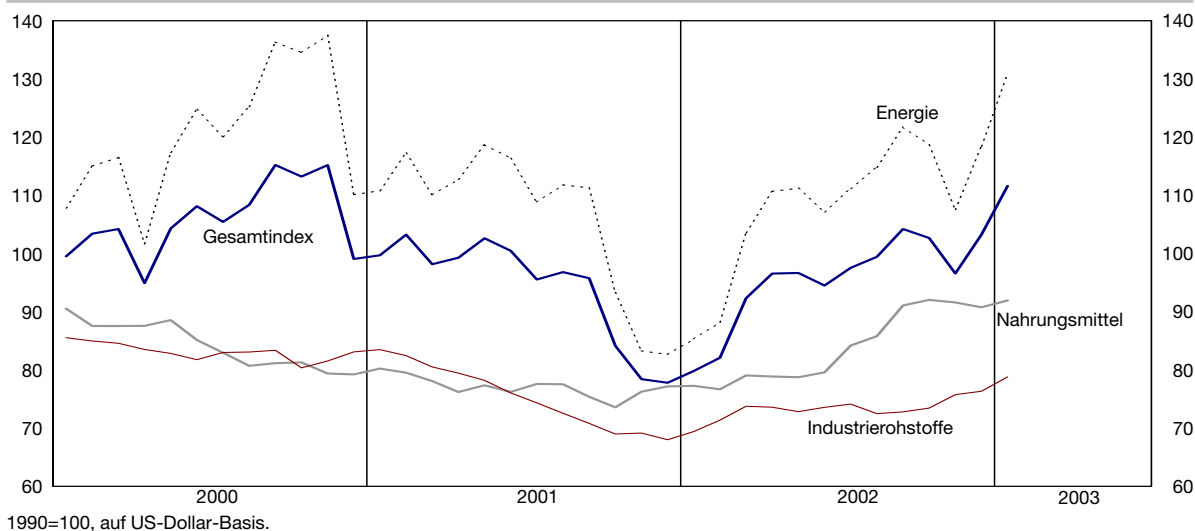
Abgaben reduziert werden, um die Lohnnebenkosten zu senken. Einiges davon wird nur im Zusammenhang mit anderen Reformen sinnvoll sein. Kurzfristige Erfolge dürften ohnehin nicht erwartet werden, erfahrungsgemäß wirken derartige Reformen erst langfristig.

Eine Wende am Arbeitsmarkt ist für dieses Jahr angesichts der nur gedämpften Konjunkturaussichten kaum zu erwarten. Allenfalls dürfte der Rückgang der Beschäftigung in der zweiten Jahreshälfte zum Stillstand kommen. Die Zahl der Arbeitslosen wird daher das ganze Jahr über saisonbereinigt weiter steigen.

Jörg Hinze, Tel. 040/42834-457

hinze@hwwa.de

HWWA-Index der Weltmarktpreise für Rohstoffe



HWWA-Index mit Untergruppen ^a	2002	Jul. 02	Aug. 02	Sep. 02	Okt. 02	Nov. 02	Dez. 02	Jan. 03
Gesamtindex	95,4	97,5	99,4	104,2	102,7	96,6	103,2	111,6
	(1,1)	(2,1)	(2,7)	(8,8)	(22,0)	(23,2)	(32,7)	(39,8)
Gesamtindex, ohne Energie	75,9	76,7	75,8	77,4	78,1	79,7	80,0	82,1
	(0,1)	(2,0)	(2,8)	(7,6)	(11,4)	(12,4)	(13,7)	(15,0)
Nahrungs- und Genußmittel	83,8	84,2	85,8	91,1	92,0	91,6	90,8	91,9
	(8,7)	(8,5)	(10,6)	(20,8)	(25,1)	(20,1)	(17,6)	(19,0)
Industrierohstoffe	73,2	74,1	72,5	72,8	73,4	75,7	76,3	78,8
	(-2,8)	(-0,3)	(-0,1)	(2,8)	(6,5)	(9,5)	(12,2)	(13,5)
Agrarische Rohstoffe	71,5	72,4	71,4	71,8	72,7	74,8	75,5	78,7
	(-3,1)	(-0,6)	(0,5)	(3,8)	(7,7)	(12,4)	(17,9)	(19,3)
NE-Metalle	70,0	70,8	67,1	67,4	68,0	71,6	72,0	73,6
	(-3,7)	(-0,5)	(-2,0)	(1,6)	(6,9)	(8,2)	(7,2)	(6,4)
Energierohstoffe	108,2	111,2	114,8	121,7	118,7	107,6	118,4	130,9
	(1,5)	(2,1)	(2,7)	(9,4)	(27,2)	(29,1)	(43,3)	(53,4)

^a 1990 = 100, auf US-Dollar-Basis, Periodendurchschnitte; in Klammern: prozentuale Änderung gegenüber Vorjahr.

Weitere Informationen: <http://www.hwwa.de> → Rohstoffpreise